

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 7. November 2018
Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0186-IM/a/2018

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1608/J betreffend "geheime Stellungnahme zum Standort-Entwicklungsgesetz", welche die Abgeordneten Mag. Andreas Schieder, Kolleginnen und Kollegen am 7. September 2018 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

1. *Wann wurden die Arbeiten am Entwurf begonnen?*

Die Arbeiten zur Erstellung eines Standort-Entwicklungsgesetzes wurden im Jänner 2018 begonnen.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

2. *Was waren die politischen Vorgaben für die Erstellung des Entwurfs?*

Das Standort-Entwicklungsgesetz wurde in Entsprechung des Regierungsprogrammes unter den Punkten "Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung" erstellt.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:**3. Welche Abteilung war federführend zuständig?**

Der Entwurf wurde durch Fachexpertinnen und -experten organisationsübergreifend erstellt, und dann seitens der Abteilung Rechtsangelegenheiten, Logistik am 5. Juli 2018 dem Begutachtungsverfahren zugeleitet.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:**4. Wie viele Arbeitsstunden wurden für die Erarbeitung des Entwurfs aufgewendet?**

Während personenbezogene Aufzeichnungen über Arbeitszeiten geführt werden, erfolgt eine gesonderte, projektbezogene Ausweisung von Arbeitszeiten aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:**5. Wurden Ihnen Positionspapiere, Textierungsvorschläge oder ähnliches von Interessenvertretungen (z.B. Industriellenvereinigung, WKO) vor Fertigstellung des Entwurfs zugeleitet?****a. Wenn ja, welche, von wem?**

Die Bundesregierung hat sich dem Thema Entbürokratisierung, Deregulierung und Verfahrensbeschleunigung verschrieben. Seit dieser Schwerpunkt im Regierungsprogramm "Zusammen. Für unser Österreich." festgelegt wurde, haben viele Bundesländer, Interessenvertretungen, Verbände, Firmen etc. die Gelegenheit genutzt, den einzelnen Regierungsgliedern Vorschläge zu Entbürokratisierung, Deregulierung und Verfahrensbeschleunigung zu unterbreiten. Dies war auch während der Vorarbeiten zur Erstellung des Standort-Entwicklungsgesetzes der Fall. So haben beispielsweise der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung Ideen zur Verfahrensbeschleunigung eingebracht.

Antwort zu den Punkten 6 bis 9 der Anfrage:

6. *Wann wurde Ihrem Kabinett erstmals der Entwurf des Gesetzes übermittelt?*
7. *Wann wurde Ihnen erstmals der Entwurf des Gesetzes vorgelegt?*
8. *Welche Änderungen am Gesetzesentwurf haben Sie bzw. Ihr Kabinett bzw. der Generalsekretär angeordnet?*
9. *Wie viele weitere Entwürfe wurden Ihnen bzw. Ihrem Kabinett bzw. dem Generalsekretär vorgelegt?*

Seit Beginn des Projekts zur Erstellung des Standort-Entwicklungsgesetzes im Jänner 2018 war mein Kabinett naturgemäß stets in das Projekt und seinen Fortgang eingebunden. Dazu fand ein laufender Austausch aller Beteiligten statt; so wurde das Projekt über mehrere Monate hinweg entwickelt. Im Übrigen ist auf die Antwort zu Punkt 11 der Anfrage zu verweisen.

Antwort zu Punkt 10 der Anfrage:

10. *An wen wurde der Entwurf zur Stellungnahme übermittelt (sowohl ressortintern als auch andere Ressorts bzw. extern)?*

Der Entwurf wurde extern an folgende Stellen übermittelt:

- Präsidentschaftskanzlei
- Parlament
- Rechnungshof
- Volksanwaltschaft
- Verfassungsgerichtshof
- Verwaltungsgerichtshof
- Bundeskanzleramt
- Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
- Bundesministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Bundesministerium für Finanzen
- Bundesministerium für Inneres
- Bundesministerium für Landesverteidigung
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus

- Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
- Datenschutzrat
- Datenschutzbehörde
- Bundes-Gleichbehandlungskommission beim Bundeskanzleramt
- Bundesseniorenbirat beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- Verbindungsstelle der Bundesländer
- Burgenländische Landesregierung
- Kärntner Landesregierung
- Niederösterreichische Landesregierung
- Oberösterreichische Landesregierung
- Salzburger Landesregierung
- Steiermärkische Landesregierung
- Tiroler Landesregierung
- Vorarlberger Landesregierung
- Wiener Landesregierung
- Österreichischer Gemeindebund
- Österreichischer Städtebund
- Geschäftsstelle der Plattform Digitales Österreich beim Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
- Bundeswettbewerbsbehörde
- Finanzprokuratur
- Finanzmarktaufsicht
- Statistik Austria
- Statistikrat
- Österreichische Bundesforste AG
- Umweltbundesamt
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Burgenland
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Kärnten
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Niederösterreich
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Oberösterreich
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Salzburg
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Steiermark
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Tirol

- Sozialministeriumsservice Landesstelle Vorarlberg
- Sozialministeriumsservice Landesstelle Wien
- Wirtschaftskammer Österreich
- Bundesarbeitskammer
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Landwirtschaftskammer Österreich
- Industriellenvereinigung
- Österreichischer Landarbeiterkammertag
- Österreichischer Rechtsanwaltskammertag
- Rechtsanwaltskammer Wien
- Österreichische Notariatskammer
- Vereinigung Österreichischer Richter
- Österreichische Patentanwaltskammer
- Österreichische Ärztekammer
- Österreichische Zahnärztekammer
- Österreichische Apothekerkammer
- Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
- Kammer der Wirtschaftstreuhänder
- Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs
- Austrian Standards Institute
- Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie
- Österreichischer Seniorenrat
- Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
- Österreichische Nationalbank
- Arbeitsmarktservice Österreich
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
- Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband
- Österreichischer Familienbund
- Österreichische Kinderfreunde
- Katholischer Familienverband
- Freiheitlicher Familienverband Österreich
- Österreichische Plattform für Alleinerziehende
- Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV)
- Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband

- Handelsverband der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels
- Österreichischer Verband der Markenartikelindustrie
- ÖAMTC
- ARBÖ
- Vereinigung Österreichischer Elektrizitätswerke
- Gewerkschaft der Privatangestellten
- Österreichisches Rote Kreuz
- Österreichischer Fertighausverband
- Österreichische Post AG
- Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs
- Bilanzbuchhaltungsbehörde
- Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO-Österreich)
- Österreichs E-Wirtschaft
- Rat für Forschung und Technologieentwicklung
- Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften
- Vereinigung der Frauenorden Österreichs
- Avco - Austrian Private Equity and Venture
- Österreichischer Journalisten Club
- Verein ChronischKrank Österreich
- ÖHV Touristik Service GmbH
- Climate Change Centre AUSTRIA
- Umweltorganisation VIRUS - Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales
- GLOBAL 2000
- WWF Österreich
- Greenpeace in Zentral- und Osteuropa
- Umweltdachverband
- Verein ARCHE NOAH
- BirdLife Österreich, Gesellschaft für Vogelkunde
- Forum Wissenschaft & Umwelt
- VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz
- Bundesverwaltungsgericht
- Bundesfinanzgericht
- Landesverwaltungsgericht Burgenland
- Landesverwaltungsgericht Kärnten
- Landesverwaltungsgericht Niederösterreich

- Landesverwaltungsgericht Oberösterreich
- Landesverwaltungsgericht Salzburg
- Landesverwaltungsgericht Steiermark
- Landesverwaltungsgericht Tirol
- Landesverwaltungsgericht Vorarlberg
- Verwaltungsgericht Wien
- Vereinigung der Mitglieder der Verwaltungsgerichte
- Österreichische Hochschülerschaft
- Österreichische Universitätenkonferenz
- Institut für Europarecht der Universität Wien
- Institut für Europarecht der Universität Graz
- Institut für Europarecht der Universität Salzburg
- Institut für Europarecht der Universität Linz
- Zentrum für Europäisches Recht der Universität Innsbruck
- Institut für Europarecht der WU Wien
- Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
- Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz
- Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz
- Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
- Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg
- Institut für Wirtschaft, Politik und Recht der BoKU Wien
- Montanuniversität Leoben

Intern wurde der Entwurf an die Leitungen sämtlicher Organisationseinheiten des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort übermittelt.

Antwort zu Punkt 11 der Anfrage:

11. Welche Ressorts waren in die Vorarbeiten zum Entwurf eingebunden (Besprechungen zwischen Ihnen und anderen Bundesministerinnen, Besprechung in Regierungssitzungen, interministerielle Sitzungen bzw. Arbeitsgruppen, Beisteuerung von Textteilen)?

Es waren alle Ressorts in die Erarbeitung und die im Ministerrat erfolgte Festlegung der Eckpunkte zum Standort-Entwicklungsgesetz eingebunden. Die inhaltliche Ausrich-

tung mit den wesentlichen Eckpunkten zum Standort-Entwicklungsgesetz wurde seitens der Bundesregierung mit den Ministerratsbeschlüssen vom März (10. MR am 7. März 2018 mit TOP 12), April (15. MR am 25. April 2018 mit TOP 7) und Juli (24. MR am 4. Juli 2018 mit TOP 31) dieses Jahres vorgenommen. Die bezughabenden Beschlussprotokolle und Ministerratsvorträge sind auf der Website des Bundeskanzleramtes (Bereich Bundesregierung/Ministerräte) veröffentlicht. Zu diesen Dokumenten ist innerhalb der Bundesregierung die vorgesehene Abstimmung vor Beschlussfassung erfolgt. Darüber hinaus fanden noch interministerielle Sitzungen statt.

Antwort zu den Punkten 12 und 13 der Anfrage:

12. *War bei allfälligen Besprechungen auch die Wirtschaftskammer oder die Industriellenvereinigung vertreten?*
13. *Gab es sonstige Treffen mit Wirtschaftskammer oder Industriellenvereinigung in dieser Sache?
 - a. *Wenn ja: von wem mit wem und wann?**

Wie bei derartigen Gesetzwendungsprozessen üblich, wurden Stakeholder-Gespräche, insbesondere mit Sozialpartnern und Interessenvertretungen, geführt.

Auf Grund der Menge an Gesprächen, die von Seiten des Bundes zu legislativen Projekten aus den unterschiedlichsten Themenbereichen geführt werden, wird darüber seitens des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht gesondert Buch bzw. Protokoll geführt.

Antwort zu Punkt 14 der Anfrage:

14. *Wurden Ihnen neben der Stellungnahme der Industriellenvereinigung im Begutachtungsverfahren seit Fertigstellung des Entwurfs weitere Positionspapiere, Textierungsvorschläge, etc. von IV oder WKÖ zugeleitet?*

Sowohl die Wirtschaftskammer als auch die Industriellenvereinigung haben während des Begutachtungsverfahrens eine Stellungnahme abgegeben. Mit Stichtag 7. September 2018 sind nach Fertigstellung des Begutachtungsentwurfes bei Begutach-

tungsbeginn neben den Begutachtungsstellungen keine weiteren Dokumente eingelangt.

Antwort zu Punkt 15 der Anfrage:

15. Wurden externe Personen im Zuge der Vorbereitungsarbeiten befasst?

- a. Wenn ja, auf welcher Grundlage und mit welcher Aufgabenstellung?
- b. Welche Kosten wurden dadurch verursacht?

Nein.

Antwort zu Punkt 16 der Anfrage:

16. Gab es Anregungen, Eingaben oder Stellungnahme von anderen Personen als jenen, die öffentlich auf der Webseite des Parlaments aufscheinen?

- a. Wenn ja: von wem, mit welchem Inhalt und zu welchem Zeitpunkt?
- b. Wenn ja: Sind darunter Personen oder Unternehmen, die für die Wahlkampagne von Sebastian Kurz gespendet haben?

Abgesehen von den fachlichen Anmerkungen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus ist dies seitens des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort mit Stichtag 7. September 2018 zu verneinen. Im Übrigen ist auf die Antwort zu Punkt 18 der Anfrage zu verweisen.

Antwort zu Punkt 17 der Anfrage:

17. Gab es Kontakte mit der Europäischen Kommission in Hinblick auf den Entwurf?

Nein.

Antwort zu Punkt 18 der Anfrage:

18. Haben Sie eine Stellungnahme des BMNT zum Entwurf des Standort-Entwicklungsgesetzes erhalten?

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus hat im Rahmen der Begutachtung keine formelle Stellungnahme abgegeben. Fachliche Anmerkungen des Ressorts wurden per E-Mail am 17. August 2018 direkt dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort übermittelt.

Antwort zu den Punkten 19, 20 und 22 bis 41 der Anfrage:

19. Welche Bestimmungen des Standort-Entwicklungsgesetzes wurden vom BMNT kommentiert?
20. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT allgemein?
22. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 1 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
23. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 2 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
24. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 3 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
25. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 4 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
26. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 5 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
27. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 6 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
28. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 7 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
29. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 8 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
30. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 9 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
31. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 10 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?

32. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 11 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
33. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 12 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
34. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 13 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
35. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 14 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
36. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 15 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
37. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 16 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
38. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 17 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
39. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zu § 18 des Entwurfs bzw. dessen Erläuterungen?
40. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zur WFA?
41. Welchen Inhalt hatte die Stellungnahme des BMNT zum Vorblatt?

Die Anmerkungen des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus betrafen Bemerkungen zum Anwendungsbereich. Zu den Erläuterungen wurde auf aktuelle Daten des Verfahrensmonitorings über UVP-Verfahren auf der UBA-Homepage hingewiesen. Darüber hinaus betrafen die Anmerkungen insbesondere den vorgeschlagenen Katalog von Kriterien zur Beurteilung des besonderen öffentlichen Interesses, das Verfahren zur Erlangung einer Bestätigung der Bundesregierung und die vorgesehenen Sonderbestimmungen für das Genehmigungsverfahren gemäß dem UVP-G 2000.

Antwort zu Punkt 21 der Anfrage:

21. Erachten Sie den aktuellen Entwurf in Übereinstimmung oder Widerspruch zu geltendem EU-Recht (insbesondere UVP-Richtlinie)?

Der Begutachtungsentwurf weist einige Berührungspunkte zu unionsrechtlichen Vorgaben des Primär- bzw. Sekundärrechtes auf. Eine abschließende Beurteilung kann erst bei Vorliegen der Regierungsvorlage vorgenommen werden.

Antwort zu Punkt 42 der Anfrage:

42. Welche anderen Stellungnahmen zum Entwurf wurden sonst noch nicht veröffentlicht?

Im Aussendungsschreiben zur Begutachtung des Entwurfs zum Standortentwicklungsgebet wurde darauf hingewiesen, dass eine Ausfertigung der Stellungnahme (der befassten Stellen) dem Präsidium des Nationalrates an die Adresse: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at zu senden war und dies in der Stellungnahme mitzuteilen ist, damit die Stellungnahmen durch die Parlamentsdirektion auf die Homepage des Parlaments gestellt werden können. Insofern wurde seitens des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort der jahrelangen Verwaltungspraxis gefolgt, dass Stellungnahmen, die an das zuständige Ressort ergehen, gleichzeitig an die Parlamentsdirektion zur Veröffentlichung auf der Parlamentshomepage ergehen.

Antwort zu Punkt 43 der Anfrage:

43. Erkennen Sie ein öffentliches Interesse an der Veröffentlichung solcher Stellungnahmen an und werden daher in Zukunft auch kritische Stellungnahmen veröffentlichen?

Nach Ansicht des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist es Angelegenheit der Organisationen oder (Privat)Personen, die eine Stellungnahme abgeben, zu entscheiden, ob deren Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen oder nicht.

Dr. Margarete Schramböck

